

GRÜNE Forderungen zum 1. Mai:

Partnerschaftlicher Umgang, armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung, öffentliche Beschäftigung

Angesichts der besonders schwierigen sozialen Lage in Gelsenkirchen fordern wir Grüne eine aktive Erwerbslosenpolitik. Betroffen sind schließlich nicht nur die Erwerbslosen selbst, sondern auch oft ihre Angehörigen und die im Haushalt lebenden Personen (sog. „Bedarfsgemeinschaft“).

Grüne Politik geht davon aus, Menschen nicht auszugrenzen, sondern ihnen inhaltliche Perspektiven in einer solidarischen Gesellschaft aufzuzeigen, ihnen also Zugang und Teilhabe zu ermöglichen. Deshalb fordern wir eine Arbeitsmarktpolitik, die Erwerbslosigkeit nicht hinnimmt, sondern zielgerichtet bekämpft. Dabei ist eine kritische Bilanz zu ziehen: Die traditionellen Instrumente haben weitgehend versagt. Daher wollen die Grünen weg von der unfairen Hartz-Gesetzgebung. Nötig ist ein neuer, fortschrittlicher Arbeitsbegriff, der nicht nur die abhängige Erwerbsarbeit umfasst.

Grundvoraussetzung einer wirksamen Erwerbslosenpolitik ist darum eine fundierte Bestandsaufnahme, also eine **ehrliche, zutreffende und verständliche Arbeitslosenstatistik**. Betroffene in Maßnahmen bedürfen keines amtlichen Sonderstatus, der ihnen nicht hilft, sondern sie sind arbeitslos – nichts anderes. Die „stille Reserve“ eingerechnet sind in Deutschland ca. 8 Millionen Menschen arbeitslos (direkt Betroffene), was das gesamte Ausmaß des Problems zeigt.

Der Regelsatz des Arbeitslosengeldes 2 („Hartz IV“) zu niedrig und nicht armutsfest (nur 351 Euro monatlich für einen Single). Davon soll auch noch Geld für Reparaturen zurückgelegt werden. Eine Erhöhung auf 420 Euro ist sinnvoll und nötig. Dieses Geld wird bestimmt nicht im Ausland auf dubiosen Bankkonten landen, sondern wird im Gegenteil die Binnenkaufkraft stärken. Gerade angesichts der Situation in Gelsenkirchen ist hier ein nachhaltiger Effekt zu erwarten: Wir brauchen ein **Rettungspaket für die Bevölkerung!**

Auch der Versuch, das Jahrzehnte währende Arbeitslosenproblem sprachlich zu „entsorgen“, zeugt weniger von Kreativität als von Hilflosigkeit: **Da sitzt der „Kunde“ bei der „Agentur“ für Arbeit in der „Wartewabe“!**

Was wir brauchen ist ein öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS), der durch gemeinnützige Arbeit - z.B. im Umweltschutz und in der Sanierung von Stadtteilen - zu vernünftigen und armutsfesten Löhnen den Menschen neue Perspektiven bietet. Diese öffentliche Arbeit und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (Vermittlung durch einen Dritten) müssen grundsätzlich freiwillig sein. Maßnahmen müssen auf ihre Sinnhaftigkeit kritisch überprüft und von unabhängiger Seite wissenschaftlich ausgewertet werden (Evaluation). Die Resultate sind der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Es kann nicht sein, dass der Maßnahmeträger seine eigene Auswertung vornimmt, denn dann das Ergebnis ist vorhersehbar.

1-Euro-Jobs sind ersatzlos abzuschaffen. Sie sind meist sinnlos und kommen einer Beschäftigungstherapie gleich. Wissenschaftliche Studien belegen dies. 1-Euro-Jobs verdrängen reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Sie entwerten somit Arbeit und deren Würde.

Wir Grüne treten für einen menschenwürdigen gesetzlichen Mindestlohn ein, denn von Arbeit muss man auch leben können. Das unwürdige Lohndumping ist zu beenden.

Ein Sozialticket muss endlich in Gelsenkirchen und darüber hinaus für Erwerbslose und sozial Schwächere eingeführt werden, denn Mobilität darf kein Luxus sein. Der Preis soll bei 15 Euro für die Preisstufe A liegen (Fahrten in einer Stadt), denn mehr gibt der karge Regelsatz des Alg 2 nicht her.

Ein effektives Beschwerdemanagement soll bei der Arge/Integrationscenter für Arbeit stattfinden. Dazu soll ein unabhängiger Ombudsman eingesetzt werden.

Die **unabhängige Erwerbslosenberatung** ist fortzuführen und zu sichern.

Im Beirat des IAG muss mindestens ein Betroffener/eine Betroffene aus einer Erwerbslosengruppe mit Sitz und Stimme vertreten sein, um Interessen wahrzunehmen.

Arge und IAG müssen festgelegte Mindeststandards einhalten und ein gesichertes Qualitätsmanagement durchführen.

Eine wirksame Erwerbslosenpolitik ist die Nagelprobe für eine solidarische und sozial engagierte Gesellschaft.

Was ist uns Solidarität wert?

Grüner Info-Coupon

Name: _____

Anschrift: _____

Email: _____

- Ich möchte gerne richtig aktiv werden, schicken Sie mir Informationen zur Mitgliedschaft
- Bitte halten Sie mich über aktuelle Termine und Informationen der GRÜNEN auf dem Laufenden und nehmen Sie mich in die entsprechenden Verteiler auf.



KV Gelsenkirchen

Wildenbruchstr. 15-17
45888 Gelsenkirchen
Tel.: 0209/20 11 71
Fax: 0209/27 29 29
www.gruene-ge.de
kv@gruene-gelsenkirchen.de

V.i.S.d.P. Irene Mihalic &
Robert Zion